

DDR

INNERDEUTSCHER HANDEL

Mit großem Takt

Sie reichten sächsisches Export-Bier aus Radeberg und belegte Bröte, schenkten Wodka aus und stießen mit anhaltinischem „Rotkäppchen“-Sekt auf das Wohl der Republik an.

Aus hölzernem Rahmen lächelte der Staatsratsvorsitzende, und ein Minister toastete beschwingt: „Niemand vermag heute mehr zu bestreiten, daß die Deutsche Demokratische Republik ein weithin international anerkannter Staat geworden ist.“

Es war fast wie überall, wo DDR-Vertreter aus Anlaß ihres Staatsfeiertages zu „festlichen Empfängen“ („Neues Deutschland“) geladen hatten — wie in der Moskauer DDR-Botschaft, wie im DDR-Generalkonsulat zu Djakarta oder wie in der DDR-Handelsvertretung in Neu-Delhi.

Doch DDR-Sekt und Radeberger Pilsner flossen zum Wohl der Republik in einer DDR-Dependence, die — ginge es noch nach Konrad Adenauer — überhaupt nicht existieren dürfte. Sie residiert in der Bundesrepublik, zu Düsseldorf am Rhein, Graf-Adolf-Straße 45.

Zu Gast lud Handelsrat Rudolf Haubold, 41, Chef des Düsseldorfer Büros des DDR-Ministeriums für Außenwirtschaft und Träger des „Vaterländischen Verdienstordens“ in Bronze. Als Gäste kamen Sowjetbotschafter Semjon Zarapkin aus Bonn, die Leiter aller Handelsvertretungen der Ostblockstaaten in der Bundesrepublik, westdeutsche Osthändler und — Gruß aus der fernen Hauptstadt — der stellvertretende DDR-Außenwirtschaftsminister Heinz Behrendt, 56.

Ungebetene Gäste erschienen nicht: Die westdeutsche Obrigkeit, die laut Kabinettsorder von 1967 Staatsfeste von DDR-Repräsentanten in der Bundesrepublik zu „unterbinden“ gewillt war, ließ die Fete unbeteiligt. Damals, vor zwei Jahren, fürchtete das Außenamt noch um die Hallstein-Treue der westdeutschen Alliierten, „wenn wir es dulden, daß Vertreter der DDR auf unserem Boden die Spaltung Deutschlands feiern“.

Diesmal aber, unterdessen längst auf der Suche nach neuen Wegen zu geregelten Beziehungen mit der DDR und mithin am Ausbau des zwischenstaatlichen Handels interessiert, tolerierte Bonn, was seit nunmehr 22 Jahren ohnedies Realität ist.

Denn bereits 1947 eröffnete die damalige Deutsche Wirtschaftskommission der SBZ in Frankfurt eine „Vertretung“, die von 1950 an ebenso wie die 1956 in Düsseldorf gegründete Niederlassung zunächst politisch unverdächtig als „Büro für innerdeutschen Handel“ firmierte.

Und was auch immer die innerdeutschen Kontakte behinderte — ob der 17. Juni 1953, ob die „vorsorgliche“ Aufkündigung des Interzonenhandelsabkommens durch Konrad Adenauer 1960 oder ob der Mauerbau von 1961 —,

die DDR-Filialen blieben vom Kalten Krieg verschont.

Seit Jahren unterlassen die DDR-Emissäre offenbar alles, was sie ins politische Zwielicht hätte bringen können. Die Genossen meiden Polit-Kundgebungen aller Parteien ebenso wie die westdeutsche Presse und gehen „mit großem Takt“, so Dr. Richard Sieben von der West-Berliner Treuhandstelle für den Interzonenhandel, ihren Geschäften nach. Sie

▷ informieren die westdeutschen Handelspartner über Angebot und Nachfrage des ostdeutschen Großhandels,

▷ analysieren für die volkseigene Planwirtschaft die Bewegungen des kapitalistischen Markts und

▷ helfen West-Unternehmen mit Sachkunde durch das Labyrinth der Interzonenhandels-Paragrafen.

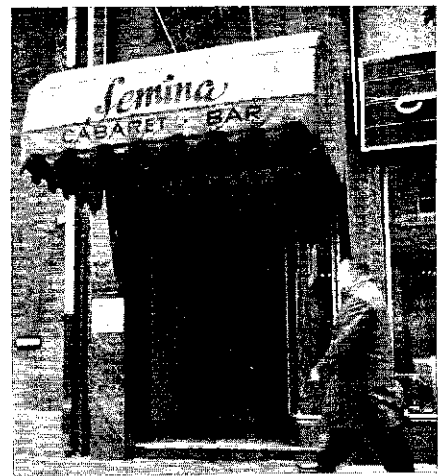
Obzwar ohne vergleichbare Rechtsgrundlage — die Arbeit der ostdeutschen Außenwirtschaftler basiert allein auf Vereinbarungen zwischen der Berliner Treuhandstelle und dem DDR-Ministerium für Außenwirtschaft —, sind die Funktionen der DDR-Büros nach Experten-Urteil „durchaus vergleichbar mit denen der übrigen ausländischen Handelsmissionen“.

Tatsächlich ziehen die Finanzämter weder von den Niederlassungen Umsatzsteuer noch von den Angestellten Lohn- oder Einkommensteuer ein. Der westdeutsche Fiskus behandelt die Ostdeutschen vielmehr als Devisen-Ausländer.

Die zwanzig Ost-Funktionäre im Westen fühlen sich denn auch wie Amerikaner in Paris oder Franzosen in



DDR-Büro in Frankfurt
Gäste eines fremden Landes



DDR-Büro in Düsseldorf
Irrläufer vom Ministerium

Moskau. Der Chef der Frankfurter DDR-Filiale 1966 zu einem amerikanischen Reporter: „Wir sind Bürger der DDR und bewegen uns in Westdeutschland... wie jeder Ausländer... als Gäste eines fremden Landes.“

Dieses semi-diplomatische Selbstgefühl förderte die DDR-Regierung Ende 1967 durch eine Änderung des Büro-Status. Ohne die West-Berliner Treuhandstelle oder eine andere Bundes-Instanz zu informieren, ließen die DDR-Missionen in Düsseldorf und Frankfurt ihre Kundschaft per Rundbrief wissen, sie heißen nunmehr (nach der Umbenennung des alten Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel) „Büros des Ministeriums für Außenwirtschaft der DDR“.

Während jedoch die Telefon-Damen staatsbewußt die DDR-offizielle Titulatur ansagen, unterschlagen die Telefonbuch-Eintragungen bislang das Staatskürzel.

Derlei Taktiken führten denn auch zu Komplikationen. So fragten beispielsweise unkundige Unternehmer aus Nordrhein-Westfalen, im Glauben, ein Landesministerium zu bemühen, die DDR-Dependence nach den Export-Formalitäten für Efta-Länder. Und immer wieder müssen die nordrhein-westfälischen Ministerien und das Ost-Büro Post-Irrläufer austauschen.

Doch trotz aller politischen Exotik: Die Repräsentanten der Arbeiter-und-Bauernmacht sind auch in der Fremde daheim. Denn ob in der Frankfurter Kaiserstraße 15 über dem China-Restaurant „Peking“ oder in Düsseldorfs Graf-Adolf-Straße über der „Femina“-Bar — die DDR ist immer präsent.

In den Vorzimmern fungieren die Ehefrauen der Handels-Genossen als Sekretärinnen, an den Volants der Dienstwagen sitzen DDR-Bürger, deren Ehefrauen wiederum die Räume reinhalten. Und wer Platz nimmt in diesen Büros, sitzt immer auf einem Stuhl „Made in DDR“.